

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 3.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 21. Januar 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Corneliusstr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Zentralverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Wohnungsfrage und Zuwachssteuer.

Die Wohnungsfrage zu lösen ist eine schwierige Sache; schwierig im Hinblick auf die sich mehrende Bevölkerung und die ungleichmäßige Verteilung des Zuwachses. Die letzte Volkszählung am 1. Dezember 1910 hat wieder gezeigt, daß der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich den großen Städten zugute kommt. Großberlin hat seit 1. Dezember 1905 um 506 976 Personen zugenommen; davon kommen auf die Vororte rund 480 000 Personen. München ist um 56 070, Nürnberg um 38 703 Personen gewachsen.

Die zuwachsende Bevölkerung besteht zumeist aus Personen, die Brotwerb und Lebensunterhalt suchen müssen. Ihre Verhältnisse gestatten es zumeist nicht, daß sie sich lange vorher eine Existenz sichern oder eine Wohnung beschaffen. Viele sind gezwungen, von einem Orte zum andern zu wandern, dahin zu ziehen, wo es Gelegenheit zur Arbeit und zum Brotverdienen gibt. Dieses Nomadenleben, sobald der Mangel an Geldmitteln, verbietet ihnen, wie vielen tausend anderen, sich am Orte ihrer Niederlassung eine eigene Wohnung zu erstellen.

Die Wohnungsbeschaffung ist in die Hände von Privaten gelegt. Staat und Gemeinden nehmen in verhältnismäßig kleinem Umfang daran teil. An kleinen Orten übernimmt es der Maurer- oder Zimmermeister, ein oder mehrere Wohnhäuser zu bauen, die den Zuziehenden gegen entsprechendes Entgelt zur Verfügung gestellt werden. In der Stadt ist die Erstellung von Wohnungen Baumeistern, Bauunternehmern oder Gesellschaften überlassen. Je nach Konjunktur und Aussicht auf Geschäftsgewinn wird gebaut, dem Wohnungsbedürfnis Rechnung getragen — oder auch nicht. In den letzten Jahren, bei der großen Spannung des Geldmarktes, dem hohen Zinsfuß für Kaufkapitalien, den gestiegenen Preisen für Rohmaterialien, unter dem Eindruck von Streikandrohungen, bei der Unsicherheit über den Ausfall der Steuergesetzgebung in Staat und Reich u. a., ist der Wohnungsbau durch Private hinter den Bedürfnissen weit zurückgeblieben. Die Deffektivität hallt wider von Klagen darüber, weil nicht bloß der Großteil der Mieter, sondern auch die Geschäftsleute darunter leiden. In ganz München, in den 26 Stadtbezirken, wurden am 1. Dezember 1910 nur 662 vermietbare Wohnungen, darunter 160 mit einem bis zu drei Räumen, gezählt. Der Vorstand des Bayer. Landesvereins zur Förderung des Wohnungswesens, Dr. Graf zu Döring-Jettenbach, spricht in einem Schreiben an den Stadtmagistrat München von einer „außerordentlich scharfen Wohnungsnot“, da die leerstehenden mit den im Bau begriffenen 1750 Wohnungen nicht ausreichen, den Wohnungsbedarf des natürlichen Bevölkerungszuwachses zu befriedigen.

Die Folge ist ein fortwährendes Steigen der Mietpreise und ein enges Zusammendrängen der Bewohner in Häusern und Räumen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Münchens haust in Wohnungen mit zwei Räumen. In anderen Städten bestehen ähnliche Zustände.

Dem Kulturfortschritt dienen solche Verhältnisse nicht. In überfüllten Häusern und Wohnungen gibt es oft Fank und Streit. Das Familienleben leidet, und auch die Sittlichkeit wird keineswegs gefördert. Die Verrohung unserer Jugend hat nicht zum wenigsten ihren Grund in den traurigen Wohnungsverhältnissen, in denen sie aufwächst. Ein richtiges Heimatgefühl, das beruhigend und veredelnd wirkt, kann beim Großteil der Arbeiterjugend gar nicht mach werden. Die wenigsten haben ein Vaterhaus, sie kennen oft nicht einmal eine „Vater-Stage“. Und dann: Fort muß er wieder, muß weiterziehen! Ein Umzug folgt dem anderen. Herr Lehrer Weiskopf in Fürth hat in fünf Knaben-

vier Mädchenklassen Erhebungen darüber angestellt, wie viele und wie oft Kinder umgezogen waren. Er hat festgestellt, daß z. B. in der sechsten Knabenklasse von 45 Knaben 24 drei- bis neunmal in einem Jahre umgezogen waren. Er verweist darauf, daß manche pädagogische Forderung der Neuzeit infolge dieser Zustände scheitert, d. h. sie nicht erfüllt werden könne.

Auch gesundheitlich lasten die Wohnungsverhältnisse auf der städtischen Bevölkerung. Das zeigt sich insbesondere bei der Ausmusterung der Rekruten. Die Landbevölkerung stellt prozentual viel mehr Soldaten, als die städtische Bevölkerung. Daß die Wohnungsverhältnisse an dieser Tatsache allein nicht die Schuld tragen, ist ohne weiteres zuzugeben. Es ist aber einwandfrei festgestellt, daß im allgemeinen in den dichtbewohnten Häusern und Stadtteilen die Gesundheitsverhältnisse der Bewohner schlechter und die Sterblichkeitsziffern größer sind als sonst.

Die Intensität der Arbeit und der Produktion wird dadurch stark beeinträchtigt, und auch die Allgemeinheit treffende, volkswirtschaftliche Schäden sind die weitere Folge.

Ueber die Wirkungen von Wohnungsnot und Wohnungselend auf den einzelnen, auf die einzelne Familie, soll nicht näher eingegangen werden; es lassen sich schon aus dem Gesagten Rückschlüsse ziehen.

Aber man wendet die Frage auf: Wenn die Schäden auf dem Wohnungsgebiete so groß sind, wenn sie die einzelnen so schwer treffen und belasten, warum greifen diese nicht selbst zu, sie abzustellen?

Die Frage ist berechtigt. Ein großer Teil der Wohnungsbedürftigen steht gedankenlos und gleichgültig der Wohnungsfrage gegenüber. Ein anderer, wohl der größte Teil, schimpft gewohnheitsmäßig über die herrschenden Wohnungsverhältnisse, über „Hausagrarier“, Staat und Gesellschaft, daß diese die Wohnungsmängel nicht beseitigen. Nur ein ganz kleiner Teil legt selbst Hand ans Werk zur Abhilfe. Das sind die in den Baugenossenschaften vereinigten Gewerbetreibenden und Mieter. Nach der neuesten Zusammenstellung des k. Preuß. Statist. Landesamts gab es 1908 im Deutschen Reich nur 747 eigentliche eingetragene Wohnungs- und Baugenossenschaften mit 147 229 Mitgliedern. Was ist das bei so vielen!

Auf die Ursachen dieser Erscheinung kann hier nicht weiter eingegangen werden. Es sei lediglich auf die Fluktuation und die bescheidenen oder ganz mangelnden Geldmittel der in Betracht kommenden Bevölkerungsschichten hingewiesen.

Nicht unerwähnt darf jedoch bleiben, daß die Baugenossenschaften manchen Anfeindungen ausgesetzt sind. Viele Hausbesitzer machen gegen sie Front, weil sie in ihnen eine unliebbare Konkurrenz erblicken. Jeder fremde Kapitalist, der da kommt und das Bauen anfängt, bleibt ungeschoren. Anders, wenn die Mieter selbst zusammentreten und gemeinsam bauen. Auch hier gilt der Satz: Der „Ober“ sticht den „Unter.“ Von den organisierten bayerischen Hausbesitzern haben nur die der Rheinpfalz sich für die Zulassung und Unterstützung der Baugenossenschaften ausgesprochen. Sie haben damit das ganz selbstverständliche Recht der Mieter auf Selbsthilfe anerkannt. Der Zentralverband städtischer Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands dagegen hat ein dickes Buch herausgegeben, in dem gegen die Baugenossenschaften scharf Stellung genommen wird.

Bei der privaten wie der genossenschaftlichen Wohnungsbeschaffung spielt die Bodenfrage, die Beschaffung des Baugrundes, eine große Rolle. Eine Bodenfrage besteht insbesondere in und um die großen Städte, sowie bei den aufstrebenden Industrieorten. Der Boden ist gebunden. Boden ist ein nicht jedem und allen zugängliches Gut. Er besitzt eine monopolistische Eigenschaft. Diese Eigenschaft hat die Spekulation rechtzeitig erkannt und sie zu ihrem Vorteil ausgenutzt.

Mit Hilfe der Hochfinanz und privilegierter Bankinstitute hat die Spekulation viel Baugelände an sich gezogen. Sie hat in fast allen entwicklungs- und erweiterungsfähigen Orten und Städten einen Ring gebildet, der das notwendig werdende Bauland umschließt. Wer bauen will, muß Bauland haben. Dessen Verkauf hält die Spekulation aber so lange zurück, bis Bedürfnis und Nachfrage und damit der Preis so hoch gestiegen sind, daß ein entsprechend hoher Gewinn beim Verkauf herauskommt. Die Grunderwerbungen werden also durch die Spekulation erschwert. Einer der Hauptaktionäre Berliner Terraingesellschaften, Kommerzienrat Gg. Haberland, sagt in seiner Ende 1910 erschienenen Schrift: „Die Wertzuwachssteuer“, von den Ackerbürgern: „Sie haben meist nur das eine Bestreben, ihre Ländereien so lange zu behalten, bis ihnen ihre Veräußerung einen recht hohen Preis bringt.“

Er sagt das, um die Terraingesellschaften zu entlasten, die sich nur „mit der Ausschließung der Ländereien befassen“. Das ist ja anerkennenswert. Wir wissen aber, daß die genannten Gesellschaften gegründet wurden zu dem Hauptzweck, durch Terrainspekulation Geld, viel Geld zu verdienen.

Ein großer Teil des Grund und Bodens in der Umgebung Münchens z. B. ist zu diesem Zwecke aufgekauft worden. Vor etwa 20 Jahren kostete im Westend der Stadt der Quadratfuß 6 Pfg., das Tagwerk Grund kam auf rund 2400 M. zu stehen und wurde dann um 50- bis 60 000 M. weiterverkauft. Die Gesellschaft Westend verdient an einem Hektar in ganz kurzer Zeit bis zu 100 000 M. Jetzt ist eine Aenderung eingetreten. Diese Gesellschaft, bzw. ihre Tochtergesellschaft Neu-Westend, sah sich gezwungen, noch vor Schluß des Jahres 1910 eine Sanierungsaktion vorzunehmen.

Wie vorher angeführt, stockt in München, insbesondere infolge der hohen Bodenpreise, die Bautätigkeit. Auch die erwähnte Gesellschaft kann ihre teureren Baugründe nicht los werden. Dazu kommt, daß bei der neuen Steuerreform in Bayern das Besitzveränderungsabgabengesetz erweitert wurde. Auch das kommende Reichswertzuwachsgesetz wirft seine Schatten voraus. Mit dem Hinweis auf diese Steuern führte die Gesellschaft die erwähnte Aktion durch. Sie besteht darin, daß aus drei Aktien eine gemacht wird. Dabei verlieren die Aktionäre 9/10 Millionen Mark. Nachdem so die Grundstücke billiger gemacht wurden, soll nun auch Baugrund zum Kleinwohnungsbau billig abgegeben werden. Ja, die Gesellschaft denkt jetzt sogar daran, den Bau auch von Kleinwohnungen selbst in die Hand zu nehmen.

Welch ein Umschwung! Es trifft hier der früher schon von uns aufgestellte Satz zu: Durch Steuerreform zur Boden- und Wohnungsreform. Dadurch, daß man den Spekulanten den ihnen aus der Bodenspekulation anfallenden Gewinn schmälert oder ganz entzieht, wird der Anreiz zur Spekulation genommen. Die künstliche Bodenpreissteigerung hört auf. Das Baugelände, das bisher bis zum erwarteten hohen Verkaufspreis von der Bebauung zurückgehalten wurde, wird frei. Baugelände ist wieder ungehemmt zu haben und kann der Bebauung zugeführt werden. So wird die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses erleichtert und der Mietpreis, wenn nicht verbilligt, so doch nicht mehr in der bisherigen Weise gesteigert.

Die geplante Wertzuwachssteuer wirkt zweifellos in diesem Sinne. Es soll durch sie der Wertzuwachs von Grundstücken, der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist, steuerlich erfasst werden. Mit der Höhe des unverdienten Wertzuwachses soll diese Steuer steigen bis auf 30 Prozent. Das Interesse an der Spekulation in Boden und Grundstücken wird daher erheblich abflauen. Es steht doch viel auf dem Spiel: das dabei angelegte Kapital muß verzinst werden, und schließlich ist der Gewinn

zur Hälfte an das Reich, zu 40 Prozent an die Gemeinden abzuführen.

Neben den finanziellen Wirkungen für den Staat und die Gemeinden soll also die Zuwachssteuer zur Bodenreform beitragen. Bodenreform ist aber gleich Wohnungsreform. In dieser sind insbesondere die Arbeiter und Angestellten, ebenso andere zahlreiche Berufsjahrgänge interessiert.

S. P.

Das Jahr 1910.

Einen Rückblick auf die wichtigsten Vorkommnisse in unserem Verbandsleben im Jahre 1910 brachten wir in Nr. 1 der „Textilarbeiter-Zeitung“, wozu eine kurze Uebersicht gegeben werden über die allgemeinen wirtschaftlichen, sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Verhältnisse des hinter uns liegenden Jahres.

Auf dem

Gebiete der Sozialpolitik

Hat uns das Jahr 1910 analog seinen letzten Vorgängern wenig gebracht. Der hemmende Einfluß des Scharfmacheriums und ein Zuviel an sozialpolitischen Problemen resp. Vorlagen haben die positive Ausbeute in der Sozialpolitik der letzten Jahre auf ein Mindestmaß herabgedrückt.

Anfang des verfloßenen Jahres trat die Gewerbeordnungsnovelle in Kraft, die in der Hauptsache für die Arbeiterinnen endlich den gesetzlichen Beurlaubentag brachte.

Endgültig zustande kam im Jahre 1910 das Stellenvermittlungsgesetz, das am 1. Okt. vorigen Jahres in Wirksamkeit getreten ist. Die wichtigsten, schon länger schwebenden sozialpolitischen Vorlagen sind aus dem Stadium der Verhandlungen und Vorbereitungen nicht herausgelommen.

Das gewaltige Reformwerk der deutschen Sozialversicherung ist bis zur zweiten Lesung in der dazu eingesetzten Reichstagskommission vorgeritten. Mit anerkanntem Fleiß hat die Kommission mit einigen Unterbrechungen bald den ganzen Sommer über getagt, um die umfangreiche und schwierige Materie zu bewältigen.

Die „kleine“ Gewerbeordnungsnovelle, die Privatbeamtenversicherung und die Witwen- und Waisenversicherung sind noch unerledigt. Für letztere, die bekanntlich laut Gesetz längstens 1910 in Kraft treten sollte, ist vom Reichstag der Termin bis zum 1. April 1911 hinausgeschoben worden.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Ist man im vergangenen Jahre nicht ganz untätig gewesen. Einer Lösung dieser brennenden Frage sind wir allerdings noch kaum näher gekommen. Die Zahl der Gemeinden meht sich, die praktische Versuche auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung machen.

Das die

Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung

mit den Konjunkturschwankungen eng verbunden ist, hat sich im Jahre 1910 erneut bewiesen. Der gegen Ende des Jahres 1909 einsetzende Aufschwung der Gewerkschaften hat mit der Besserung des Wirtschaftsmarktes parallel laufend im Jahre 1910 weiter angehalten.

Arbeitern wurde der Organisationsgedanke weiter durch bedeutsame und gewaltige Kämpfe zum Bewußtsein gebracht.

Der Beginn des Jahres traf die Bergarbeiter im Ruhrrevier in einer scharfen Abwehrbewegung gegen den einseitigen

Zwangsarbeitsnachweis

der Zeichenbesitzer. Die Protestaktion, wirksam unterstützt durch die aufsehenerregenden Enthüllungen in der vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften herausgegebenen Broschüre über den Zwangsarbeitsnachweis in Rheinheim-Ludwigshafen und durch parlamentarische Maßnahmen, hatte den Erfolg, daß das öffentliche Gewissen und Rechtsbewußtsein gewissermaßen zur Kontrolle dieser Einrichtungen eingesetzt wurde und daß die Bergbauunternehmer das Versprechen ablegen mußten, die Arbeitsnachweise loyal zu handhaben und jeden willkürlichen Mißbrauch zu vermeiden.

Ringen im Baugewerbe

an. Auf beiden Seiten war schon vorher fieberhaft gerüstet und alle Vorbereitungen zu einem entscheidenden Schlag getroffen worden. Die Bauunternehmer hatten den Ablauf aller örtlichen Einzeltarife auf einen Termin, den 1. April 1910, zusammengedrängt, um auf Grund der Macht ihres Arbeitgeberbundes den Gewerkschaften die Entscheidungsschlacht aufzuzwingen und sie niederwerfen zu können; doch sie hatten ihre Macht über- und die der Gewerkschaften unterschätzt.

Noch markanter als bei der Bauarbeiterbewegung zeigte sich das in dem zweitgrößten Kampf, der der zweiten Jahreshälfte sein Gepräge gab, nämlich bei dem Streit und der damit verbundenen

Massenausperrung auf den deutschen Seeschiffswerften.

Zuerst lehten die Schiffbauindustriellen die Forderungen der Arbeiter rundweg ab. Als die Hamburger Werftarbeiter dann in den Streit eintraten, wurden sämtliche Arbeiter im Bereich der Gruppe deutscher Seeschiffswerften ausgesperrt. Und als nach halb zweimonatlichem hartnäckig geführtem Kampf die Massenausperrung von 400.000 Metallarbeitern vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller angebroht und schon in greifbare Nähe gerückt war, da erzielten die Arbeiter trotzdem noch einen kaum erwarteten Erfolg, sowohl in materieller als prinzipieller Beziehung.

Damit werden auch die falschen Anschauungen jener Leute treffend widerlegt, die den Arbeitern vor jeder wirtschaftlichen Machtenhaltung dringend abraten mit der Begründung, daß sie doch stets die Schwächeren bleiben und unterliegen müßten.

Kämpfe der Schuh- und Lederarbeiter

in Lütlingen und Pirmasens, sowie die beendigte Aussperrung der gesamten Edelmetallarbeiter in Forstheim. Die neuere Bewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier hat deshalb hohe Wellen geschlagen, weil der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter seit längerer Zeit wieder erstmals ein gemeinsames Vorgehen mit dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband ablehnte.

wieder ebenso wirkungslos abprallen, wie die so vielfachen früheren Versuche, die zur Schwächung des Gewerbevereins unternommen waren, umso mehr, als das Verhalten des Gewerbevereins nicht von dessen Vorstand, sondern von einer Konferenz der Ruhrzahlstellenvorsitzenden festgelegt wurde.

Auffschwung und Fortschritt unserer christlichen Berufsorganisationen.

Fast alle dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände haben in 1910 Fortschritte zu verzeichnen. Nach vorläufigen Schätzungen dürfte eine Gesamtzunahme von ca. 30.000 Mitgliedern zu verzeichnen sein. Die ersten Dreihunderttausend wären damit überschritten. Die Einwirkungen der Krise und die damit bedingten Verluste sind wieder wett gemacht, der frühere Höchststand weit überholt.

Das Tempo in unserer Weiterentwicklung kann viel mehr beschleunigt werden, sofern alle dazu fähigen und berufenen Kollegen ihre volle Pflicht erfüllen. Und dieses Gelöbnis wollen wir uns gegenseitig angesichts des neuen Jahres ablegen. Seien wir uns bewußt, was in der nächsten Zukunft auf dem Spiele steht, und welche Verantwortung auf unseren Schultern ruht.

Einiges von der Lebenshaltung der Arbeiterinnen.

I.

Die Entlohnung der Arbeiterin.

Für uns, die wir schon so oft von der Hebung und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterinnen und damit auch von ihrer „besseren Lebenshaltung“ gesprochen haben, ist es Pflicht, zu zeigen, inwieweit eine solche Hebung notwendig ist und wie die heutige Lebenshaltung rückwirkend sein muß nicht nur auf das körperliche und geistige Befinden der einzelnen Arbeiterin selbst, sondern auch auf ihre Umgebung, sogar auf die kommende Generation.

Die größte Rolle bei der Frage der Lebenshaltung spielt das Einkommen. Nun ist aber der Arbeitslohn in der Regel die einzige Einnahmequelle für die Industriearbeiterinnen. Der Lohn bestimmt also ihre Lebenshaltung. Wie der Arbeitslohn, so stehen auch die Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Wohnung, so stehen in vielen Fällen sogar die Verhältnisse in bezug auf Sittlichkeit.

Lassen wir zunächst einige Zahlen folgen, und wenn sie auch vorwiegend die badischen Verhältnisse zeichnen, so sind sie doch auch auf verschiedene andere Industriegegenden anwendbar, da die Unterschiede zumeist nicht besonders groß sind, wie wir noch sehen werden. Zudem sind diese Zahlen aus der neuesten Zeit, so daß hiermit wirklich bestehende Verhältnisse gezeigt werden.

Table with 4 columns: Location, Category, 1908, 1909. Rows: in den Uhrenfabriken, in den Bürstenfabriken, unter 16 Jahren, über 16 Jahren, Durchschnitt.

Man erkennt auf den ersten Augenblick,“ sagt Rehbach hierzu, „wie sehr die Löhne der Arbeiterinnen hinter denen der männlichen Arbeiter zurückbleiben. Die letzteren verdienen fast das Doppelte, wie die ersteren. Selbst die ungelerten Uhrmacher haben einen Wochenverdienst von 19,59 Mark.

Ein weiteres ergibt sich aus dieser Lohnstatistik, nämlich die Unmöglichkeit, mit solchem Verdienst den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Glücklicherweise zeigt sich aber doch die Tendenz einer Lohnsteigerung. Seit 1900 ist der Wochenverdienst der Arbeiterinnen von 8,38 M. auf 10,78 M., also um 29,8% gestiegen, während die Männerlöhne von 17,10 M. auf 21,86 M., also um etwas weniger, um 28,5% gestiegen sind.

Von der Textilindustrie stehen uns nur ganz unvollkommene Lohnangaben zur Verfügung. Es mangelt hier an einer zuverlässigen Lohnstatistik überhaupt, ganz besonders an einer solchen, die die Löhne für Männer

und Frauen getrennt anführt. Möge das für alle unsere Mitglieder ein Ansporn sein, die vom Verbands vorbereitete Lohnstatistik durch getreue und gewissenhafte Ausfüllung der Lohnkarten zu unterstützen.

Table with columns: ledige, im Alter von (17-24, 25-40, 40-50), Stde. Pfg., Woche M., Stde. Pfg., Woche M., Stde. Pfg., Woche M.

So die Lohnverhältnisse für die ledigen Arbeiter in einer vollen Woche bei 63 Arbeitsstunden. Für die verheirateten liegen die Dinge so:

Table with columns: verheiratete, im Alter von (17-24, 25-40, 40-50, 50-60), Stde. Pfg., Woche M., Stde. Pfg., Woche M., Stde. Pfg., Woche M., Stde. Pfg., Woche M.

Diese Zahlen geben uns zunächst den Unterschied in der Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit an, dann aber auch die Schwankungen nach Alter der Personen und die Verschiedenheit dieser Schwankungen bei Männern und Frauen.

Um darzutun, daß der Unterschied in der Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit in der Textilindustrie durchaus keine Eigenart des deutschen Textilgewerbes ist, geben wir einige Zahlen wieder, die im vorigen Jahre in dem Hauptorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, im „Vorwärts“, zu lesen waren und die dieses Blatt einem Bericht des englischen Handelsministeriums entnommen haben will.

Table with columns: Frauen M., Männer M., Baumwolle, Wolle und Kammgarn, Leinwand, Jute, Seide, Im Textilgewerbe überhaupt (mit geringen Ausnahmen).

Wie auch da der Unterschied und zwar viel krasser als in unserem Vaterlande; in England fand der Lohn der Textilarbeiter durchweg doppelt so hoch als der der Textilarbeiterinnen. So arg ist es nun doch im deutschen Textilgewerbe nicht.

Fanny Harder.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für 1909.

III.

Invalidenversicherung.

Zunächst wird in dem Jahresbericht eine Uebersicht gegeben über den Stand der Invalidenversicherung im allgemeinen. Darnach sind in der Zeit vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1909 2332711 Rentenansprüche anerkannt worden.

Die Gesamtzahl der festgelegten Beitragserstatungen während der Jahre 1895 bis 1909 betrug 2406312 (mit 1962324 Fällen der Verheiratung, 6026 Unfällen und 437962 Todesfällen), während im Berichtsjahre 186557 (mit 148454, 549 und 37554) Beitragserstatungen anerkannt wurden.

Das Vermögen der Versicherungsträger wird, wenn man bei den zugelassenen Kasseneinrichtungen nur den auf die reichsgesetzlichen Verpflichtungen entfallenden Teil berücksichtigt, bis Ende 1909 auf etwa 1575 Millionen Mark angewachsen sein.

Das Gesamtvermögen betrug am Schlusse des Jahres 1908 47,37 Millionen Mark. Gegen das Vorjahr ist dies eine Zunahme von fast vier Millionen Mark.

Auch im Berichtsjahre hat das Reichsversicherungsamt wieder eine Reihe von Streitigkeiten, namentlich über die Versicherungspflicht, zu entscheiden gehabt.

Ziälermeister, der von einer Handwerkskammer als Beauftragter auf Widerruf zur Ausübung von Revisionen von Handwerksbetrieben angenommen war und als Entschädigung außer Reisekosten Tagegelder bezog, wurde als ihr Angestellter angesehen und seine Versicherungspflicht bejaht.

Weiter kam in Frage die Unterscheidung zwischen Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern. Zu den ersteren wurde gerechnet eine Hutformnäherin, die diese Beschäftigung in ihrer Wohnung für zwei Firmen ausübte, sowie ein Schneider, der ebenfalls in seiner Wohnung für ein Herrengarderobengeschäft Jacketts anfertigte.

Ueber die Maßnahmen zur Heilfürsorge wird in der Hauptsache nur gutes berichtet. Der Aufwand dafür ist zwar fortgesetzt im Steigen, aber „erfreulicherweise läßt sich auch feststellen, daß die Heilerfolge, welche durch die nach Art und Ort der Behandlung wie der sonstigen Fürsorge mannigfachen Maßnahmen erzielt werden, sowohl an Zahl als auch an Dauer des Bestandes fortgesetzt erheblich zunehmen.“

Dennoch haben sich in der Versicherungsordnungs-Kommission Vertreter des Reichsamts des Innern mit großem Nachdruck gegen eine zu weitgehende Heilfürsorge gewendet, da schließlich die Renten der Versicherten gefährdet würden. Es wurde auch ein gewisses Aufsichtsrecht des Reichsversicherungsamts über diese Ausgaben durchgesetzt.

Die Invalidenhauspflege an Stelle der Rente wird immer mehr in Anspruch genommen. Im Jahre 1909 wurden nach vorläufigen Feststellungen im ganzen 2828 Personen, (2008 Männer, 820 Frauen), darunter 718 (515 Männer, 203 Frauen) unheilbare Lungentuberkulose in 13 eigenen Anstalten, 4 gemieteten Häusern und in 310 von Dritten unterhaltenen Invaliden-, Sicken- und Krankenhäusern, Stiften, Spitälern, Anstalten für Alkoholikranke, Irrenanstalten usw. verpflegt.

Für Wohnungsfürsorgebestrebungen wurden 7,67 Millionen Mark bewilligt. Bis zum Schlusse des Jahres 1909 sind insgesamt aufgewendet worden: Zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen 263699014 M., zum Bau von Ledigenheimen 16818970 M., zusammen also zweihundertachtzig und eine halbe Million Mark.

Auch Darlehen auf Erbbaurecht sind gewährt worden, sofern es sich um Wohnungsbauten auf Staats- oder Gemeindegrund handelte. Die gewährten Summen betragen zusammen jedoch noch keine halbe Million Mark.

Hinsichtlich der Rechtsprechung des R.-V.-A. ist zu bemerken, daß 6070 Revisionen in Vorlage gebracht wurden. Davon wurden durch Urteil erledigt 5433. Unter den Versicherungsanstalten: Recht in dieser Hinsicht Schlessen, aus deren Bezirk allein 1379 Revisionen eingingen, an der Spitze. Am häufigsten unter den 6070 Fragen, die in den 5433 durch Urteil erledigten Revisionen vorgekommen sind, war freilich, ob bereits Erwerbsunfähigkeit eingetreten oder diese wieder behoben war.

Eine landwirtschaftliche Arbeiterin, die zwar körperlich vollkommen rüstig war, aber an Gesichtslupus litt und ihres abfackelnden Aussehens wegen keine Arbeitsstelle fand, ist als erwerbsunfähig angesehen worden.

Aus der Arbeiterbewegung.

Der zweite deutsche Heimarbeitertag trat am 12. Januar in Berlin zusammen, um kurz vor der Entscheidung im Reichstage zu dem Heimarbeitergesetz Stellung zu nehmen. Die außerordentlich zahlreiche Beteiligung zeugte von dem großen Interesse, das allenthalben den armen Heimarbeitern und dem neuen Gesetze entgegengebracht wird.

Professor Dr. Franke erwähnte und leitete die Verhandlungen; das Hauptreferat lag in den Händen des Professors Dr. Wilbrandt von der Universität Tübingen. Dem ausgezeichneten Referate, worin der bedauerliche Zustand der Heimarbeit und die Notwendigkeit eines gesetzlichen Schutzes scharf zeichnete, folgte eine ausgiebige Diskussion, woran sich namentlich auch die Vertreter der christlichen Gewerkschaften recht wirksam beteiligten.

1. Der Deutsche Heimarbeitertag begrüßt in dem Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes, das dem Reichstag zur Beschlussfassung vorliegt, den ersten Vorstoß eines gesetzlichen Heimarbeiterschutzes, für den auch das Arbeitsamtergesetz und die Reichsversicherungsordnung eine Ergänzung bieten können.

2. Der Heimarbeitertag erinnert an die Heimarbeitsausstellung 1906 in Berlin, deren Ergebnisse in Deutschland, ja weit über dessen Grenzen hinaus, den Eindruck erschreckend niedriger Bezahlung der Heimarbeit hinterließen und Rückschlüsse aufdrängten auf das Elend und die Verkümmern der hausindustriellen Schichten der Nation.

3. Der Heimarbeitertag erklärt übereinstimmend mit den wissenschaftlichen Untersuchungen über das Wesen der Heimarbeit und im Einklang mit den internationalen Erfahrungen praktischer Reformversuche: In der Heimarbeit muß staatlicher Arbeiterschutz vor allem durch Hebung der oft unwürdigen geringen zur Uebersarbeit und gesundheitsschädlicher Arbeitszeit zwingenden Löhne geleistet werden.

4. Diese Erkenntnis, ein Gemeingut moderner Sozialpolitik, hatte bereits zu dankenswerten Beschlüssen im Reichstag geführt, so unter anderem dazu, daß es zu den Aufgaben der Arbeitskammern gehören soll, in der Hausindustrie die Vereinbarung und Regelung der Lohnsätze zu fördern.

5. Nur dann, wenn die hier versagende Kraft der Arbeiterorganisationen durch die des Staates ersetzt wird, um Tarifverträge zu erringen und durchzusetzen, wird der anständige Unternehmer vor der Schmutzkonkurrenz der Heimarbeit, von dem verhängnisvollen Lohndruck befreit, nur dann wird dem hoffnungsvoll Erwarteten die Kraft der Selbsthilfe gegeben, kurz wirklicher Heimarbeiterschutz auf der Basis des Gesetzes errichtet sein.

6. Aus dieser Hauptforderung erneuert der Heimarbeitertag die während der letzten Jahre in zahlreichen Eingaben und Kundgebungen ausgesprochenen Wünsche der Heimarbeiter, und zwar für das Heimarbeitsgesetz Auserlegung der allgemeinen Registraturpflicht, Unterstellung unter die Gewerbeaufsicht, Durchführung eines sanitären Schutzes, Befreiung der Ausnahmen auf die dringendsten Fälle, Abtötung der Uebergangsvorschriften, allgemeine Einführung von

Lage Arbeit — Abends Gäste — Saure Wochen — Frohe Feste.

Gilendorf. Unter diesem Motto hatte das Ortskartell Gilendorf seine Mitglieder und Freunde der christlichen Gewerkschaften zum Kapellmannsaal in Gilendorf geladen.

Den Reigen der Darbietungen eröffnete der Nürmer Instrumentalverein durch einen Willkommen-Marsch, dem sich ein Willkommen des Sängerbundes Gilendorf anschloß.

Als Redner war Gewerkschaftssekretär Wernerus-Duisburg erschienen, der in längeren Ausführungen das Thema „Zehn Jahre christliche Gewerkschaftsarbeit“ besprach.

Euskirchen. Am 1. Jan. fand unsere Generalversammlung statt. Der Besuch war zufriedenstellend, muß jedoch für die Zukunft besser werden.

Fahrnau. Das Schöffengericht Schoppshelm verurteilte am 30. Dez. den im sozialdemokratischen Textilverband organisierten Jos. Mehger von hier zu drei Mark Strafe.

Forst (Rauß). Einen äußerst anregenden Verlauf nahmen die Weihnachtveranstaltungen unserer Ortsgruppe am 1. Weihnachtstfesttag.

Forst (Rauß). Einen äußerst anregenden Verlauf nahmen die Weihnachtveranstaltungen unserer Ortsgruppe am 1. Weihnachtstfesttag.

besonderen. Wir geben den eindrucksvollen Vortrag des Herrn Professors hier stützenhaft wieder:

„Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! In hunderttausenden von Kirchen ist dies Wort heute auf dem weiten Erdenrund Millionen von Menschen in allerlei Sprachen von neuem verkündigt worden.“

Der von Kollegen Krautschneider vorgetragene Arbeitergruß wirkte ebenso anregend wie eindrucksvoll.

Forstheim. Die Abhaltung einer besonderen Agitationskonferenz für die Vertrauenspersonen aus den Orten unseres Industriegebietes hatte sich schon seit längerer Zeit als unbedingt notwendig herausgestellt.

Kolbemoor. Am 5. Jan. fand hier eine größere Mitgliederversammlung statt.

Ausführungen über die Notwendigkeit der Organisation referierte. Der Redner, der es verstand, durch praktische Beispiele aus dem Leben und in humorvoller Weise seinen Vortrag zu gestalten, fand ungeteilten Beifall.

Marktrebwig. Eine öffentliche Textilarbeiterversammlung, die in Betracht der sehr reichhaltigen und besonders wichtigen Tagesordnung viel besser hätte besucht werden dürfen, hielten wir am 11. Jan. ab.

Schoppshelm. Am 8. Jan. hielten wir unsere Generalversammlung ab. Nach der Bekanntgabe des Rassenberichts vom 4. Quartal 1910 äußerte sich unser Bezirksleiter Kollege Rümmele in einem kurzen Vortrage über die früheren und jetzigen Verhältnisse in unserem Bezirk im allgemeinen und des mittleren Westens im besonderen.

Euskirchen. Am 8. Jan. hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete zum 1. Punkt der Tagesordnung den Jahresbericht, welcher von der Versammlung mit Spannung entgegengenommen wurde.

Forstheim. Die Abhaltung einer besonderen Agitationskonferenz für die Vertrauenspersonen aus den Orten unseres Industriegebietes hatte sich schon seit längerer Zeit als unbedingt notwendig herausgestellt.

Soziale Rundschau.

Zehn Jahre Gesellschaft für Soziale Reform. Am 6. Januar waren zehn Jahre vergangen seit dem Tage, an dem die Gesellschaft für Soziale Reform ins Leben trat.

lichen eben hochangesehenen Personen die Zentrums-
männer Professor Hise, Dr. August Pieper und die christ-
lichen Gewerkschaftsführer Giesberts und Behrens.

Die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, die Reg-
elung der Rechtsverhältnisse der Arbeitervereine, der
Arbeiterbeschäftigung in den Gast- und Schankwirtschaften,
die Regelung der Rechtsverhältnisse im Gärtnergewerbe
usw. gehören zu den Fragen, deren Klärung und gesetz-
liche Regelung die Gesellschaft für Soziale Reform in
den ersten Jahren ihres Bestehens in Angriff nahm.

Die Förderung eines Festschuldentages für die Arbeiter-
innen, die Konsumvereinsfrage, Untersuchungen über die
Hausindustrie, Erhebung über die Arbeitskammern, die
Frage der friedlichen Regelung und Sicherstellung des
Arbeitsverhältnisses sind einige Themata, die auf den
Generalarberrassungen der Gesellschaft eingehend erörtert
wurden.

Die deutsche Arbeiterchaft ist der Gesellschaft für
Soziale Reform zu großem Dank verpflichtet. Sie be-
gleitet die Entwicklung und Arbeit der Gesellschaft mit
ihren besten Wünschen und spricht die Hoffnung aus,
daß der Erfolg der Arbeit auch in Zukunft nicht aus-
bleiben möge.

Was wird aus dem Arbeitskammengesetz? Eine
anscheinend aus dem Regierungslager kommende Notiz
bringt die "Tägliche Rundschau". Das Blatt schreibt:
"Man hat bekanntlich die dritte Lesung über den Ent-
wurf eines Arbeitskammengesetzes bis Ende Februar ver-
zagt, scheinbar, um noch die Möglichkeit zu bieten, über
den streitigen Punkt, die Wählbarkeit der Arbeiter-
sekretäre, zu einer Verständigung zu gelangen.

Es scheint wohl nichts zu werden mit dem Gesetze.
Wir würden das bedauern. Eine alte Arbeiterforderung
fällt damit ins Wasser, um vielleicht nie mehr heraus-
gezogen zu werden.

Die belgischen Frauen im Zeichen des Fort-
schritts. Vor einiger Zeit wurde in Belgien darüber
enthalten, ob den erwerbstätigen Frauen das aktive
und das passive Wahlrecht für die Gewerbegerichte
zu gewähren sei.

Frage wurde in sehr zufriedenstellender Weise gelöst.
Wohl gingen die Meinungen und Vorschläge der beteilig-
ten Kreise sehr auseinander - man dachte an die Er-
richtung eigener Gewerbegerichte für Frauen,
andererseits auch wieder im Gegensatz dazu an eine völlige
Nusschaltung der Frauen an der betreffenden Ein-
richtung.

Beispiele ziehen an! Was unseren belgischen Arbeits-
kolleginnen zugebilligt wurde, das ist auch den deutschen
Arbeiterinnen schon längst begehrtesten erschienen.
Unsere deutschen Gewerbegerichte können, so segensreich
diese soziale Einrichtung auch ist, in einzelnen Fällen
schließlich doch nicht so urteilen, als wie es im Interesse
der Arbeiterinnen nötig wäre - weil eine Vertretung
der selben durch eine in den gleichen Verhältnissen lebenden
Frau auch nicht möglich ist; und doch liegt so viel daran,
daß es auch in Deutschland noch so kommt, daß die
erwerbstätigen Frauen am Gewerbegerichte als Anwälte
ihrer Mitarbeiterinnen und Kennerinnen der Verhältnisse
mit tätig sein können.

Veranstaltungskalender.

- Barmen. 21. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Vogel, Röhigerstraße 16,
Generalversammlung.
Bettbrunn. 2. Febr., 6 Uhr, bei H. Gerratz, Generalvers.
Sorghorn. 22. Jan., 11 Uhr, bei F. Dwersteg.
Giesfeld. 22. Jan., 12 Uhr, im Arbeiterverein.
Eberfeld. 23. Jan., 8 1/2 Uhr, im kath. GeSELLenhaus, Meißter-
jaal, Josephstr. 6, Generalversammlung.
Embsweien. 23. Jan., 7 Uhr, bei M. Baumann, Generalvers.
Forst (Sausitz). 21. Jan., 8 1/2 Uhr, zum Prälaten, Gerberstr.
M.-Glöbber-Gürrip. 21. Jan., 8 1/2 Uhr, bei H. Pfeifer,
Neuperstr. gegenüber der Kirche, Generalversammlung.
Gieienkirchen. 23. Jan., 9 Uhr, im kath. Vereinshaufe,
Generalversammlung.
Greifswald. 23. Jan., 5 1/2 Uhr, bei A. Meiners, Generalvers.
- 2 Febr., 11 Uhr, bei Bm. Jammes, Vorstand, Förderer-
und Agitationskomiteeverammlung.
Greiz i. S. 22. Jan., 3 Uhr, im Burgteller, Generalvers.
Grodz. 22. Jan., 9 1/2 Uhr, bei S. Jerebin, Generalvers.
Hänningen. 22. Jan., 3 Uhr, bei Terminus, kleiner Saal,
Generalversammlung.
Jungenbroich. 22. Jan., 5 Uhr, bei Ed. Hausauer, Generalv.
Jüchen. 22. Jan., 1 Uhr, bei Ad. Kremer, Generalvers.
Kaltterberg. 22. Jan., 11 Uhr, bei Gg. Hermanns.
Kaufwaren. 21. Jan., 7 1/2 Uhr, in der Hofenan (kathol.
Bereinshaus) Generalversammlung, darauf Faschings-
unterhaltung.
Kettvied. 22. Jan., 5 Uhr, bei Fr. Sieberh.
Kollmersor. 23. Jan., 4 3/4 Uhr, im Auerbräu, Generalv.
Landscheid. 22. Jan., 4 Uhr, im Schießhaus, Generalvers.
- 29. Jan., 3 Uhr, öffentliche Versammlung.
Leuth. 2 Febr., 6 Uhr, b. Heinrich Driesen, Zimmer oben.
Leht. 22. Jan., 10 1/2 Uhr, bei Heimr. Kramps, Generalvers.
Mehedt. 21. Jan., 10 Uhr, bei Albert Paffen, Oden-
torenerstraße 35, Generalversammlung.
Schlag. 23. Jan., 11 Uhr, bei Franz Müllermeister.
Schiffbau. 29. Jan., 6 Uhr, bei Heimr. Kaiser.
Schiffhof. 22. Jan., 4 Uhr, bei Joh. Schmidt, Generalv.
Sommerfeld. 29. Jan., 8 Uhr, bei Erteis, Wilhelmstr.
Strohheim. 22. Jan., 5 Uhr, im Gasthof Mainz.
Tüchlein. 22. Jan., 11 Uhr, bei Wilh. Kemtes, außerordentl.
Generalversammlung.
Uhrigen. 22. Jan., im "Hirsch", Generalversammlung.
Waldhansen. 22. Jan., bei Joh. v. d. Burg, Familienfest.
Waldheim. 22. Jan., 6 Uhr, bei Jakob Krott, Generalvers.
Waldenberg. 22. Jan., 5 Uhr, bei Bm. H. Schmitz, Ge-
neralversammlung.
Werdau a. d. R. 21. Jan., 7 1/2 Uhr, im Lokale Waas,
Festh., Familienabend.
Werrath. 22. Jan., 6 Uhr, bei Peter Frenzen, Oden-
torenerstr., Generalversammlung.
Windsberg. 21. Jan., 7 1/2 Uhr, bei Franz von Köhnen,
Generalversammlung.
Wülfen. 22. Jan., 5 Uhr, bei Berner Leuchter, General-
versammlung.
Zell i. R. (Baden). 22. Jan., 1/3 Uhr, im Lokale zur Pfeffer-
hütte, Generalversammlung.

Verbandsbezirk Bocholt-Gronau.
Das Bureau des V. Verbandsbezirks Bocholt-Gronau
befindet sich
Bocholt, Navaudstraße 3811.
Briele und sonstige Zuschriften wolke man an diese
Adresse richten.
Bernhard Otte, Bezirksvorsitzender.

Sterbe-Tafel.
Es starben die Verbandsmitglieder:
Joseph Hendrix in Schaag.
Johann Wobters in Viersen.
Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.
Jahrbuch und Kalender für die gesamte Baum-
wollindustrie. Zum 32. Male legt uns der Verlag
von Ludwig Degener, Leipzig diesen Kalender vor.
Der Kalender nennt sich "vollständiges Nachschlagebuch
für Fabrikant, Werkmeister, Spinner und Weber, Kaufmann,
Walter und Pflanze". Der Kalender führt dieses Prä-
dikat mit Recht. Uns ist kein Buch ähnlichen oder glei-
chen Charakters bekannt, das in so vorzüglicher Weise
kurz aber geiegen dem Sachmann und Interessierten das
Wissenswerteste aus dem Textilgewerbe vermittelt. In
sehr guten Artikeln wird der Werdegang des ganzen
Baumwollproduktes von der Ausfaat bis zum fertigen
Stück Ware geschildert, erläutert und erweitert durch
eine Menge von Zahlentabellen und Illustrationen.
Ueber den größten Teil desjenigen, was der Praktiker
von dem ganzen Produktionsprozeß im Baumwollgewerbe
wissen muß, findet er in diesem "Kalender" gute Aus-
kunft.

Die diesjährige Ausgabe ist völlig durchgesehen und
unter der neuen Redaktion des Ingenieurs Professor
Dr. Lehmann, Kreisfeld unter Mitwirkung namhafter Sach-
leute neu bearbeitet.
Der Preis für den Kalender, in Leinwand gebunden,
ist auf 3 M. angelegt. Inanbetracht der Vorzüglichkeit
des Buches kein hoher Preis. Wir können unsere Orts-
gruppen, Beamten und alle, die sich dafür interessieren,
die Anschaffung des Kalenders sehr empfehlen.
Bestellungen können auch beim Gesamtverbande der
christlichen Gewerkschaften, Köln, Eintrachtstraße 147,
gemacht werden.

Geschäftsbericht nebst Protokoll der General-
versammlung. In schöner äußerer Ausstattung bringt
der Zentralverband unseres Verbandes seinen Geschäfts-
bericht, verbunden mit dem Protokoll der Nachener General-
versammlung, in einem stattlichen Buche von 350 Seiten.
An Inhalt bietet es außerordentlich viel wertvolles
und interessantes Material. Es beschäftigt sich in sehr
lehrreichen Ausführungen mit den Produktions- und
Absatzverhältnissen in der Textilindustrie, mit der Or-
ganisation der Arbeitgeber und Arbeiter des Gewerbes
und mit den Löhnen der Textilarbeiter. Die Ausführungen
sind durch eine Menge zahlenmäßiger Darstellungen näher
begründet und erläutert.

Der Teil des Buches, der über die Vorgänge in
unserem Verbands in der Zeit vom 1. Juli 1908 bis
30. Juni 1910 orientiert, ist nicht minder wertvoll. Er
bringt eine Menge von Material über Krankheits-, Sterb-
lichkeits-, Arbeitslosigkeitverhältnisse der Textilarbeiter,
mit Zahlen und bildlichen Darstellungen, teils mehrfarbig,
erläutert. Diese graphischen Darstellungen machen die
Zahlen für jeden interessant und deutlich. Berichte der
Redaktion der "Textilarbeiter-Zeitung" und der Sekretariate
schließen diesen ersten Teil des Buches ab.

Das dem Geschäftsberichte angehängte Protokoll ist
recht interessant und bietet eine Fülle von Gedanken und
Anregungen, die in der praktischen gewerkschaftlichen
Tagesarbeit gute Dienste tun. Das Protokoll ist eine
wörtliche Wiedergabe der Generalversamlungsverhand-
lungen. Ganz besonders sei hingewiesen auf das Referat
des Kollegen Stegerwald, des Kollegen Heutmann und
auf den glänzenden Vortrag des Dr. Sonnenstein über
ideelle Werte in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.
Das ganze, geschmackvoll ausgestattete Buch kostet für
die Mitglieder nur 50 Pfennig.
Bestellungen sind sofort zu machen, da nur
eine ganz beschränkte Anzahl Exemplare vor-
handen ist.

Inhaltsverzeichnis.
Artikel: Wohnungsfrage und Zuwachsteuer. - Das
Jahr 1910. - Einiges von der Lebenshaltung der Arbeiterinnen.
- Der Geschäftsbericht des Reichsoberversicherungsamtes für
1909. - Genickleton: Starke Seelen. - Aus der Arbeiter-
bewegung: Der zweite deutsche Heimarbeitertag. - Die
"bösen" Herren von den christlichen Gewerkschaften. - Die
"Deutsche Textilarbeiter-Zeitung". - Die christliche Textil-
arbeiterorganisation "Unitas". - Wenn zwei dasselbe tun,
so... - Eine machtvolle Rundgebung zugunsten des
Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter. - Offen, "frei"
gewerkschaftliche Ahnen. - Frei-gewerkschaftliche Monopolis-
ierung des Arbeitsmarktes. - Wirkungen sozialdemokratischer
Arbeitsmonopole. - Sozialdemokratische Strategien. - Aus
unserer Industrie: Blinde als Weber. - Großer Fabrik-
brand in Schiffhof. - Eine koloniale Baumwollsaatzucht-
station. - Englische und deutsche Luchfabrikanten. - Aus
dem Verbandsgebiete: Die Zeitschrift "Aufwacht". - An
unsere Ortsgruppen-Vorstände! - Lohnbewegungen
und Arbeitsfreiheiten: Lobberich. - Zeit a. Main.
- Berichte aus den Ortsgruppen: Bamberg.
- Gilsdorf. - GutsMuths. - Fahruau. - Forst (Kaufig). -
Forstheim. - Marktredwitz. - Schoppsheim. - Suhlheim. -
Soziale Rundschau: Zehn Jahre Gesellschaft für soziale
Reform. - Was wird aus dem Arbeitskammengesetz? - Die
belgischen Frauen im Zeichen des Fortschritts. - Ver-
samlungskalender. - Anzeige. - Sterbetafel. - Literarisches.